



Galerie Agora,
Rue du Marché aux Herbes 105, Bte 11
B-1000 Brussels
Telephone +32 2 285 46 60
Fax +32 2 280 08 17
Email: etf@etf-europe.org
www.etf-europe.org

European Transport Workers' Federation
Fédération Européenne des Travailleurs des Transports
Europäische Transportarbeiter-Föderation
Federación Europea de los Trabajadores del Transporte

ERKLÄRUNG DES ETF-AUSSCHUSSES FÜR ÖFFENTLICHEN NAHVERKEHR

Verabschiedet vom ETF-Ausschuss für öffentlichen Nahverkehr am 10. Mai 2012

ÖFFENTLICHE (VERKEHRS-)DIENSTLEISTUNGEN IM LICHT DER WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE NEIN ZU SPARMASSNAHMEN UND ZUM ABBAU DER ÖFFENTLICHEN VERKEHRSDIENSTLEISTUNGEN!

Die aktuellen Sparmaßnahmen mit Einschnitten bei den öffentlichen Dienstleistungen, einer Kürzung oder einem Einfrieren der Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor und einem enormen Stellenabbau bilden nicht nur einen Frontalangriff auf Arbeitnehmer, Gewerkschaften und öffentliche Dienstleistungen, sondern sind auch kurzsichtige und ineffiziente Maßnahmen. Sie werden eher zum wirtschaftlichen Abschwung und zur Rezession beitragen, anstatt Erholung und Wachstum zu stimulieren.

Es ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit – aber nicht nur. Diese Maßnahmen ignorieren die Rolle der öffentlichen Dienstleistungen für die Menschen und die Realwirtschaft: Bildung, Gesundheit oder Kinderbetreuung anzubieten, dient auch den Interessen von Unternehmen in einer Kommune oder Region, die gut ausgebildete und gesunde Arbeitskräfte benötigen. Versorgungsbetriebe wie Verkehr und Energie sind grundlegend für alle Menschen und die lokale Wirtschaft. Eine Kürzung dieser Dienstleistungen ist kontraproduktiv.

Sparpolitiken sind Bestandteil einer breiteren Strategie, mit der das europäische Sozialmodell vernichtet, die Gewerkschaften und Tarifverhandlungen geschwächt sowie neoliberale Wirtschaftsthesen aufgezwungen werden sollen.

Und sie stehen im Widerspruch zu anderen gemeinschaftlichen Zielen.

- **Frauenbeschäftigung:** Das Ziel einer Steigerung der Beschäftigungsquote auf 75 % bis 2020 mit einem besonderen Augenmerk auf Frauen (und Jugend). Das Grünbuch der Kommission zur Restrukturierung (COM(2012)007) besagt, dass die von den Sparmaßnahmen am meisten betroffene Gruppe in doppelter Weise Frauen sind, als Arbeitnehmerinnen und Empfänger öffentlicher Dienstleistungen. Beispielsweise wird es ihnen als Benutzerinnen von Kinderbetreuungsdiensten schwerer fallen, sich am Arbeitsmarkt zu beteiligen, wenn diese Dienste gekürzt werden. Als größere Benutzergruppe öffentlicher Verkehrsmittel wird es ihnen schwerer fallen, zur Arbeit zu fahren, wenn öffentliche Verkehrsdienstleistungen gekürzt werden.
- **Klimawandel:** Zusätzlich zur Wirtschafts- und Finanzkrise haben wir eine Klimakrise. Im Weißbuch der Kommission zur Verkehrspolitik wird das Ziel einer 60-prozentigen Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Verkehrswesen bis 2050 (Basis 1990) bzw. 20 % bis 2030 (Basis 2008) formuliert. Nach groben



President Lars Lindgren

Vice Presidents Alexander Kirchner
Brigitta Paas

General Secretary Eduardo Chagas



Schätzungen stammen 40 % der Verkehrsemissionen von der Pkw-Nutzung (innerstädtisch und zwischen Städten), ein Viertel der verkehrsbezogenen Treibhausgasemissionen werden im städtischen Raum erzeugt.

Der öffentliche Verkehr ist die Lösung zum Erreichen der Ziele des Klimawandels. Das erfordert zugängliche, erschwingliche hochwertige Systeme des öffentlichen Verkehrs mit hoher Dienstfrequenz. Investitionen in den öffentlichen Verkehr würden einige Ziele erfüllen:

1. Beitrag zur Reduzierung der Treibhausgase;
2. Verbesserung der Gesundheit durch weniger Stau, Luft- und Lärmverschmutzung in den Städten, und so Einsparungen am anderen Ende;
3. Großes Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen und somit Beitrag zu den Einnahmen der Staatsfinanzen und der Systeme der sozialen Sicherheit;
4. Sicherstellung der Zugänglichkeit auch in Krisenzeiten: Immer mehr Menschen stellen wegen finanzieller Probleme vom Pkw-Gebrauch auf öffentliche Verkehrsmittel um. Für diese Menschen wäre die Teilnahme am Arbeitsmarkt ohne ausreichenden öffentlichen Verkehr noch schwieriger, was bereits ein wesentliches Problem in Mittel- und Osteuropa darstellt.

Und schließlich erzeugt jeder in den öffentlichen Verkehr investierte Euro vier Euro in der allgemeinen Wirtschaft.

- ***Der ETF-Ausschuss für öffentlichen Nahverkehr fordert einen Stopp der Sparpolitiken und des Abbaus der öffentlichen Verkehrsdienstleistungen;***
- ***Der ETF-Ausschuss für öffentlichen Nahverkehr bekräftigt mit Nachdruck, dass öffentliche Verkehrsdienstleistungen wie alle öffentlichen Dienstleistungen keinen Kostenfaktor bilden, wo Einsparungen getätigt werden müssen – insbesondere in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie tragen zum Erreichen einer Vielzahl wichtiger politischer Ziele für die gesamte Gesellschaft bei.***
- ***Der ETF-Ausschuss für öffentlichen Nahverkehr fordert daher politische Maßnahmen, die eine Verbesserung der Einnahmen der öffentlichen Behörden ermöglichen, um das Allgemeinwohl zu gewährleisten. Die Gewerkschaften haben viele Vorschläge zur gerechten und grünen Besteuerung unterbreitet – z.B. bei der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs. Emissionssteuern, Stadtmaut oder Beiträge von Unternehmen, deren Mitarbeiter öffentliche Verkehrsmittel nutzen, Einkaufszentren, Bauträger und Grundbesitzer – es gibt alternative Finanzierungsformen, die viel mehr zukunftsorientiert sind als kurzfristige Kürzungs-/Sparmaßnahmen.***
- ***Der ETF-Ausschuss für öffentlichen Nahverkehr fordert die Regierungen auf, Steuerflucht und -betrug zu bekämpfen und entschlossen Steuern von den Reichen und Mächtigen einzutreiben;***
- ***Der ETF-Ausschuss für öffentlichen Nahverkehr fordert die rasche Einführung einer Finanztransaktionssteuer und die Übernahme der Kosten der Krise durch die Interessen der Reichen und der Konzerne, insbesondere Banken- und Finanzsektor. Die Arbeitnehmer sind nicht für die Krise verantwortlich und müssen auch nicht dafür zahlen.***

Wir, die Beschäftigten des öffentlichen Verkehrs, stehen Seite an Seite mit allen Menschen, die gegen diese Sparmaßnahmen kämpfen. Wir kämpfen für öffentliche Dienstleistungen und für gerechte Tarife. Wir unterstützen den Kampf zur Beibehaltung der öffentlichen Eigentümerschaft und wir unterstützen unsere Mitglieder in ihrem Kampf für die erneute Verstaatlichung der öffentlichen Verkehrsdienstleistungen.



President Lars Lindgren

Vice Presidents Alexander Kirchner
Brigitta Paas

General Secretary Eduardo Chagas

